Erinnerung zurückruft, so muß zugegeben werden, daß jede Umsetzung des Streikrechts in die Praxis neben den wirtschaftlichen Schäden minderen oder größeren Umfanges auch eine Verletzung der staatsbürgerlichen Rechte breitester Volkskreise nach sich zieht. Gewerkschaftliche Kreise wenden dagegen ein, daß bei einem Streik die sogenannten lebenswichtigen Betriebe doch nicht stillgelegt würden, also von einer Gefährdung des Gemeinwohls keine Rede sein könne. Der meist erforderliche Einsatz der Technischen Nothilfe zeigt aber, daß auch die lebenswichtigen Betriebe stets durch einen größeren Streik gefährdet sind.

Von der hohen Warte des Gemeininteresses aus ist demnach ohne Zweifel die Anwendung des „Streikrechts" zu verurteilen. Auch steht sie im schärfsten Widerspruch zu der von den Gewerkschaften doch sonst bei allen Gelegenheiten gern aufgesagten Formel von der Gleichberechtigung aller Volksgenossen in einem demokratischen Staate. Wenigstens erinnert man sich nicht, daß sie jemals den Bauern das Recht auf Streik zur Erzielung höherer Preise zugebilligt haben. Im Gegenteil: bei Anwendung wirtschaftlicher Kampfmittel des Landvolkes ertönte aus Gewerkschaftskreisen immer sogleich der Ruf nach dem Kadi. Denn konnten die Gefährdung breiter Bevölkerungsmassen und die entstehenden Schäden für die Gesamtwirtschaft nicht schwarz genug gemalt werden. Ferner ist das Streikrecht nicht in Einklang zu bringen mit der Reichsverfassung. Im Artikel 165 wird nämlich gesagt, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken haben. Und im Betriebsrätegesetz lautet eine Stelle dahin, daß von beiden Seiten Forderungen und Maßnahmen unterlassen werden müssen, die das Gemeininteresse schädigen. Daß jeder Streik, der ja auch Arbeitswillige zur Niederlegung ihrer Tätigkeit zwingt, ein Eingriff in die Rechte des Staatsbürgers ist, das Lebensinteresse der Gesamtheit schädigt, und die Produktion des Landes mindert, dessen bedarf es keiner Begründung mehr. Also auch juristisch wäre der Weg zum Verbot des Streikrechts genügend fundamentiert. Und die Abschaffung dieses gewerkschaftlichen Kampfmittels, der die Träger der Wirtschaft als „soziale Gegenspieler" zu immerwährendem Streite führt, würde gewiß einen Arbeitsfrieden schaffen, der für den Wiederaufbau des Vaterlandes von größtem Segen wäre.

Das amtliche Endergebnis der Reichstagswahl.

Die Mandatsverteilung unverändert.

Berlin, 1. Juni. Nach dem nunmehr vom Reichswahlleiter veröffentlichten endgültigen Gesamtergebnis der Wahlen zum Reichstag vom 20. Mai d. J. haben von 41 295 102 Stimmberechtigten 31 145 308 Personen von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Die Wahlbeteiligung beträgt mithin 75,4 Prozent. Von den abgegebenen Stimmen waren 30 724 478 gültig, 420 830 ungültig. An der Verteilung der Mandate hat sich gegenüber dem vorläufigen amtlichen Gesamtergebnis nichts geändert. Er erhalten also:

Sozialdemokraten 152 Mandate;
Deutschnationale 73 Mandate;
Zentrum 62 Mandate;
Deutsche Volkspartei 45 Mandate;
Kommunisten 54 Mandate;
Demokraten 25 Mandate;
Bayrische Volkspartei 16 Mandate;
Wirtschaftspartei 23 Mandate;
Nationalsozialisten 12 Mandate;
Deutsche Bauernpartei 8 Mandate;
Landbund 3 Mandate;
Christl.-Nat. Bauernp. und Deutsch.-Hann. P. 13 Mandate;
Volksrechtpartei 2 Mandate;
Sächsisches Landvolk 2 Mandate.
Zusammen 490 Mandate.

Wieder politische Tätigkeit Stresemanns.

Die Demokraten im Kielwasser der Sozialisten.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 1. Juni. Der Gesundheitszustand des Reichsaußenministers Dr. Stresemann hat sich erfreulicherweise jetzt schon so weit gebessert, daß Dr. Stresemann, wen er auch zunächst noch immer das Bett hüten muß, den politischen Erörterungen doch wieder mit voller Anteilnahme folgen kann. So konnte Dr. Stresemann heute seinen Fraktionsfreund Staatssekretär a. D. Kempkes zu einer längeren Unterhaltung über die politische Lage empfangen. Dr. Stresemann billigte die Absicht des Vorstandes seiner Partei, in der nächsten Woche in Berlin zusammenzutreten, wenn der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und der seitherige Fraktionsführer im Reichstag, Dr. Scholz, in die Reichshauptstadt zurückgekehrt sind. Es ist zu erwarten, daß der Reichsaußenminister persönlich an dieser Vorstandssitzung teilnimmt. Jedoch steht dies noch nicht fest. **In der zweiten Hälfte des Monats Juni dürfte Dr. Stresemann Berlin verlassen, um voraussichtlich in einem südlichen Kurort sich einige Monate zu erholen. Eine Reise nach Aegypten, von der wiederholt gesprochen und geschrieben wurde, kommt bei den klimatischen Verhältnissen dieses Landes während des Sommers nicht in Frage.**

Während bei allen Parteien das Bedürfnis besteht, sich über die Lage klar zu werden, hat sich der Führer der Demokraten, Abg. Koch-Weser, bisher noch nicht entschließen können, den demokratischen Parteivorstand und Reichsausschuß nach Berlin einzuberufen. Wie wir aus demokratischen Kreisen hören, **wird eine Zusammenkunft der demokratischen Parteiinstanzen erst dann für zweckmäßig gehalten, wenn im Schoße der Sozialdemokratischen Partei Mitte nächster Woche in Köln die grundlegenden Entscheidungen für die kommende Regierungsbildung im Reich und in Preußen gefallen sind.** Es ist immerhin kennzeichnend für die Demokraten, daß sie trotz des schweren Mißerfolges, den ihnen diese Rolle als Zugpferd vor dem sozialdemokratischen Wagen eingetragen hat, auch jetzt noch sich ganz und gar als von den Sozialdemokraten abhängig betrachten.

Die Berufe der deutschnationalen Reichstagsabgeordneten.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 1. Juni. Ueber die Berufsgliederung der Abgeordneten der deutschnationalen Reichstagsfraktion erhalten wir eine sehr interessante Statistik. Danach setzt sich die Fraktion zusammen aus 20 Vertretern der Landwirtschaft, 17 Vertretern der Beamtenschaft, 7 Vertretern des gewerblichen Mittelstandes, 8 Vertretern der Industrie, 7 Gewerkschaftlern und Arbeitnehmervertretern, 3 Offizieren, 2 Geistlichen und 2 Frauen. Unter den 17 Vertretern der Beamtenschaft befinden sich auch der Spitzenkandidat des Wahlkreises Dresden-Bautzen, Dr. Bang, sowie der frühere Spitzenkandidat des gleichen Wahlkreises, Abg. Dr. Quaatz, der bekanntlich auf der Reichsliste gewählt ist.

Die Konferenz des Zentrums-Reichsparteivorstandes beendet.

Berlin, 1. Juni. Die am Donnerstag begonnenen Besprechungen des Reichsparteivorstandes des Zentrums wurden heute unter Teilnahme der Vorstände der bisherigen Reichstags- und Landtagsfraktionen fortgesetzt und zu Ende geführt. **Der parteiamtliche Bericht** hebt hervor, daß aktuelle politische Tagesfragen und die Fragen der Neubildung der Regierung nicht besprochen worden seien. **Der Zweck der Tagung war die gründliche Erörterung der Ursachen, die zu dem Stimmenverlust des Zentrums bei den letzten Wahlen geführt haben.**

In der Aussprache, an der sich neben Reichskanzler Marx die Abgeordneten Dr. Wirth, Joos, Stegerwald, Minister Hirtsiefer und der badische Landtagspräsident Baumgartner beteiligten, wurden die Gründe des Wahlausfalles für das Zentrum eingehend erörtert und der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es gelingen werde, die alte Stärke der Partei wiederzuerlangen. Es wurde beschlossen, für den Herbst einen Reichsparteitag zusammenzuberufen, auf dem die innere Lage des Zentrums eingehend erörtert werden soll. Der genaue Termin und der Tagungsort für diesen Reichsparteitag stehen noch nicht fest.

Wirtschaftspartei gegen Große Koalition.

Berlin, 1. Juni. Der Vorstand der Wirtschaftspartei hat dieser Tage in einer Sitzung zur Frage der Beteiligung der Wirtschaftspartei an der Großen Koalition Stellung genommen. Er hat eine Beteiligung an der Großen Koalition mit dem Hinweis abgelehnt, daß diese Koalition unter dem beherrschenden Einfluß der Sozialdemokratie stehen und deshalb eine Wirtschaftspolitik treiben würde, die der gesamten Wirtschaft, besonders aber dem mittelständischen Gewerbe und den Hausbesitzern, tiefe Wunden schlagen würde.

Bahntariferhöhung unter ausländischem Druck?

Bisher kein Einspruch der Regierung.

Berlin, 1. Juni. Anfangs hatte das Ergebnis der Beratungen im Reichskabinett über den Tariferhöhungsvorschlag der Reichsbahn ein gewisses Staunen hervorgerufen. Hatte man doch mit Sicherheit auf einen ablehnenden Beschluß des Kabinetts gerechnet. Nun ist eine endgültige Entscheidung nicht getroffen worden, aber in politischen Kreisen glaubt man bereits den Grund hierfür sehen zu können. Dieser Grund ist zum mindesten eigenartig und befremdlich. Es ist nämlich die Vermutung aufgetaucht, daß das Reichskabinett unter gewissen außenpolitischen Einflüssen, die mit dem Dawes-Gutachten in Verbindung stehen, keinen Beschluß fassen konnte, **da verschiedene ausländische Kreise mit Druckmitteln verschiedenster Art den Versuch machten, die Tariferhöhung noch durch einen Beschluß des jetzigen Kabinetts durchzusetzen.** Der offensichtliche Zweck dieser Manipulation ist klar, man will ein linksstehendes Kabinett mit der Verantwortung, die in einer Tariferhöhung läge, nicht belasten. Selbstverständlich hat die Reichsregierung nicht den geringsten Grund, solchen Machenschaften nachzugeben, sondern sogar die Pflicht, die letzte sich bietende Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, die sich für eine Abwendung dieser ungeheuren Gefahr für die deutsche Wirtschaft bietet. Diese Möglichkeit ist bekannt, sie liegt in einer Aufnahme ausländischer Kredite, die nun, wie die ausgesprochenen Vermutungen zeigen, durch gewisse Kreise des Auslandes unmöglich gemacht werden sollen.

Die neue Geschäftsordnung für höhere Reichsbehörden.

Genehmigung im Reichskabinett.

Berlin, 1. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat den vom Reichssparkommissar unter Ausnutzung seiner durch die Behördenprüfungen gewonnenen Erfahrungen aufgestellten und unter Leitung des Reichsministeriums des Innern durchberatenen Entwurf einer „Gemeinsamen Geschäftsordnung für die höheren Reichsbehörden", die am 1. Oktober 1928 in Kraft tritt, genehmigt. Nachdem bereits am 1. Januar 1927 die gemeinsame Geschäftsordnung für die Reichsministerien in Kraft gesetzt wurde, ist damit ein weiterer Schritt zur Verwirklichung der einheitlichen Büroreform in der Reichsverwaltung getan worden. Die neue Geschäftsordnung bringt entsprechend ihrem Ziele, den Geschäftsgang der höheren Reichsbehörden aufs äußerste zu vereinfachen, zu beschleunigen und damit zu verbilligen, viele Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Zustande.

Die Geschäftsordnung ist im Verlage der Reichsdruckerei, Berlin SW. 68, Oranienstraße 90, erschienen. Preis für Private 1,50 Mk., für Behörden 75 Pf.

Dr. Köhlers Besprechung mit Hindenburg galt nur der finanziellen Hilfeleistung für Ostpreußen. Man darf annehmen, daß das Reichsfinanzministerium alles tun wird, um über die bisherigen Ergebnisse hinaus die ostpreußische Wirtschaft zu fördern.

Kommunistisches Durcheinander.

Berlin, 1. Juni. Bei den Kommunisten scheint es trotz des Erfolges, den ihnen die Wahl brachte, doch bedenklich drunter und drüber zu gehen. Das Organ des „Lenin-Bundes", der bekanntlich eine Absplitterung von der K. P. D. ist, veröffentlicht in großer Aufmachung die Zuschrift eines K. P. D.-Funktionärs, in der es u. a. heißt: Augenblicklich findet in der Partei ein vorläufig noch verborgen gehaltener **heftiger Kampf um die politische Führung** statt. Es stehen sich die Rechten und die Thälmann-Leute gegenüber, zwischen denen Ewert mit der sogenannten Gerhard-Richtung zu lavieren wünscht. Die Politik der Thälmann-Leute wird als eine Wiederholung der Phrasen und bombastischen Schlagwortpolitik der Ruth-Fischer-Aera bezeichnet. Thälmann glaubt den Wahlerfolg seiner sieghaften Person zuschreiben zu können. Er braucht nur die Faust zu recken und theatralische Schwüre zu leisten, dann ist, so meint er, dem bei den Wahlen zum Ausdruck gekommenen Willen der drei Millionen deutscher Proletarier Genüge getan. Mit hohlen Redensarten und lächerlichen Spiegelfechtereien wird er aber die Massen nur vorübergehend fesseln. **Das Gros der K. P. D.-Wähler verlangt Einlösung der Wahlversprechungen und positive Taten.** Diesem Verlangen kommt der Brandlerlitisch organisierte Flügel auf seine Art entgegen und verlangt ein Aktionsprogramm im Rahmen der heutigen Republik und ihrer Verfassung. **Die Parteirechte scheint sich in Moskau vergewissert zu haben, daß ein Annäherungskurs an die linke S. P. D., die bei den Koalitionsverhandlungen augenblicklich eine proletarische Opposition einnimmt, um in Wirklichkeit den Regierungspakt mit der Schwerindustrie demagogisch zu decken, erwünscht erscheint.** An der Aktivität und der Heftigkeit der Vorstöße der Rechten in der Partei ist zu ersehen, daß sie ihre Zeit für gekommen erachten. Sie werden Thälmann nur noch als Schrittmacher ihres Kurses dulden. — Wie gesagt, bei den Kommunisten geht es drunter und drüber.

Rumänien gegen den Optantenspruch.

Genf, 1. Juni. Der ständige rumänische Delegierte beim Völkerbund hat im Auftrage seiner Regierung dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Note überreicht, in der die rumänische Regierung die Empfehlung des Völkerbundsrates vom März dieses Jahres zur Beilegung des ungarisch-rumänischen Optantenstreites ablehnt. Die rumänische Regierung erklärt, sie würde die Begründung für ihre Haltung durch ihren Delegierten auf der Tagung des Völkerbundsrates bekanntgeben.

•

Der Rat hatte im März dieses Jahres den Beschluß gefaßt, der rumänischen Regierung die Entscheidung des aus dem gemischten ungarisch-rumänischen Schiedsgerichtshof zurückgezogenen Schiedsrichters zu empfehlen und sodann an die Ernennung zweier neutraler Schiedsrichter zu schreiten. Der gemischte Schiedsgerichtshof sollte alsdann in dieser Zusammensetzung endgültig die Regelung des ungarisch-rumänischen Optantenstreites vornehmen. Die ungarische Regierung hatte auf der Märztagung sofort durch ihren Delegierten ihre Zustimmung zu diesem Beschluß erklärt. Nunmehr hat die rumänische Regierung den Beschluß des Völkerbundsrates abgelehnt, ohne vorläufig eine Begründung für ihre Haltung zu geben. Die Möglichkeit für eine Beilegung des Streites muß somit als geringer denn je bezeichnet werden. Der Völkerbundsrat wird sich in der am Montag beginnenden Tagung infolge der Haltung der rumänischen Regierung in einer äußerst schwierigen Lage befinden. Berichterstatter für den Streitfall ist auch auf dieser Tagung wiederum der englische Außenminister Chamberlain. Titulescu wird während der Genfer Ratstagung in Genf anwesend sein, jedoch an den Ratstagungen im Hinblick auf seinen Krankheitszustand nicht teilnehmen. Rumänien wird vielmehr durch seinen ständigen Delegierten vertreten sein. Nur im Falle besonderer Dringlichkeit soll der rumänische Außenminister Titulescu die Absicht haben, selbst die Vertretung im Völkerbundsrat zu übernehmen. Die ungarische Regierung wird, wie bisher, bei der Debatte über den ungarisch-rumänischen Optantenstreit durch den Grafen Apponyi vertreten sein.

Litauische Spionageorganisation in Polen?

Warschau, 1. Juni. Im Kreise Szwiencane des Wilnaer Landes ist von der polnischen Polizeibehörde eine große, angeblich zugunsten Litauens arbeitende Spionageorganisation aufgedeckt worden. Wie die polnischen Zeitungen berichten, hat man unter den beschlagnahmten Papieren Wortschlüssel der litauischen Regierung vorgefunden.

Zusammentritt der französischen Kammer.

Paris, 1. Juni. Heute nachmittag 3 Uhr ist die neugewählte Kammer zu ihrer ersten geschäftsordnungsmäßigen Sitzung zusammengetreten. Der Alterspräsident Sibille (Linksrepublikaner) hielt die Eröffnungsansprache, in der er unter Hinweis auf die durch den Krieg überkommenen finanziellen und sozialen Aufgaben zur Einigkeit mahnte und die Bildung einer geschlossenen Kammermehrheit forderte, damit das Land wieder seine maßgebende Rolle in einem Europa spielen könne, in dem der Frieden durch Verträge, die niemand mehr zu verletzen wagen werde, garantiert sei.

Hierauf wurden durch Los die Wahlprüfungsausschüsse eingesetzt, die morgen nachmittag mit ihrer Arbeit beginnen werden, so daß die Kammer am Montag nachmittag zum Prüfungsergebnis Stellung nehmen wird. Der Eröffnungssitzung wohnten fast sämtliche Minister, darunter Außenminister Briand, bei.

Loucheur Nachfolger Fallières.

Paris, 1. Juni. Wie verlautet, ist im gestrigen Kabinettsrat entschieden worden, die Nachfolge des zurückgetretenen Arbeitsministers Fallières dem Abgeordneten Loucheur zu übertragen. Dem Arbeitsminister wird ein Unterstaatssekretär für die Hygienefragen beigegeben werden, und zwar der Abgeordnete Oberkirch (Gruppe Marin) aus dem Unterelsaß, der, wie Havas berichtet, gleichzeitig bei den Beratungen des Kabinetts Elsaß-Lothringen vertreten soll. Hierdurch wird die Gruppe Marin einen zweiten Vertreter innerhalb des Kabinetts erhalten. Außerdem wurde über die Wiedererrichtung eines Unterstaatssekretariats für die körperliche Erziehung der Jugend beraten, das dem Abgeordneten Pate übertragen werden soll. Wenn die Wiedererrichtung dieses Unterstaatssekretariats Tatsache wird, wird der Grundsatz durchbrochen werden, der bei Bildung des Kabinetts Poincaré maßgebend war, nämlich keine Unterstaatssekretäre zu schaffen. Die Regierung hat jedoch wenigstens vorläufig darauf verzichtet, das Unterstaatssekretariat für das Luftschiffahrtswesen wieder zu errichten oder ein Luftfahrtministerium zu schaffen, das die verschiedenen Zweige der Luftschiffe (militärische, maritime und Handelsluftschiffahrt) zentralisieren sollte.

„Schuldbekenntnisse" im Donez-Prozeß.

Die deutsche Botschaft in Moskau sorgt für die Angeklagten.

Moskau, 1. Juni. Fast sämtliche Plätze im Gerichtssaal, die laut Anschlag den ausländischen Korrespondenten reserviert waren, sind seit gestern von Vertretern der Sowjetpresse besetzt, so daß es den deutschen Journalisten schwer ist, Bericht zu erstatten. Die deutschen Angeklagten befinden sich gegenwärtig in gutem gesundheitlichem Zustand, doch besteht die Befürchtung, daß das strenge Regime im Gefängnis der G. P. U., in das die Angeklagten übergeführt wurden, in den vier Wochen, die der Prozeß nach der Ansicht gutunterrichteter Stellen noch dauern dürfte, seelische Erschütterungen und körperliche Ermattungen zur Folge haben könnte. Die Verpflegung der deutschen Gefangenen im Lubjanka-Gefängnis soll zufriedenstellend sein.

Die Vernehmung des Angeklagten Belenko ist insofern von Interesse, weil sie erwies, daß es im Grunde vollständig gleichgültig ist, ob die Angeklagten vor dem Untersuchungsrichter ein Geständnis abgelegt oder sich teilweise schuldig bzw. unschuldig erklärt haben, da bei ihnen jede Widerstandsfähigkeit gebrochen erscheint. Belenko, **der seit seiner Verhaftung fünfmal zwischen dem Bekenntnis und dem Abstreiten seiner Schuld geschwankt hat,** wurde vom Vorsitzenden Wyschinski die Gewissensfrage vorgelegt, ob etwa „Untersuchungsorgane" auf ihn irgendwelchen Druck ausgeübt oder ihn gar bedroht hätten. Belenko überlegte einige Minuten und war sichtlich verlegen, was er antworten sollte. Dann verneinte er die Frage. (WTB.)

Kowno, 1. Juni. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die deutsche Botschaft den deutschen Angeklagten, die sich im Gefängnis der G. P. U. befinden, Lebensmittel, Wäsche und Gebrauchsgegenstände zugestellt. Der Angeklagte Otto hat darauf der Botschaft auch im Namen seiner Mitangeklagten den Dank für ihre Fürsorge übermittelt.

Revision im Klapproth-Prozeß.

Berlin, 1. Juni. Gegen das Urteil des Stettiner Schwurgerichts vom 28. Mai gegen Klapproth, Hein und Schulz hat die Staatsanwaltschaft beim Reichsgericht Revision eingelegt. Die Angeklagten Klapproth und Schulz sind bereits aus Stettin abtransportiert, und zwar Klapproth nach München und Schulz nach Münster. Die Zeugen Glaser und Kowalewski sind nach Sonnenburg gebracht worden.